



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 05.05.2022	Beginn 17:00 Uhr	Ende 19:09 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Hortolani, Frauke, Dr.
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Thier, Heinz Georg
Ziebs, Hartmut
Gießwein, Brigitta
Kummer-Dörner, Sabine, Dr.
Buck, David
Günther, Faten
Feldmann, Jürgen
Bockelmann, Christian, Dr.
Ergen, Ufuk

Vorsitzender

Langhard, Stephan

1. stellv. Vorsitzender

Kirschner, Thorsten

2. stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

Gleichstellungsbeauftragte

Steger, Anke

Sitzungsteilnehmer/innen der Verwaltung

Mollenkott, Marion
Rudolph, Heike
Schweinsberg, Ralf
Wach, Nicole

Personalrat

Rath, Christiane

Schriftführerin

Ferreira Alexandre, Gina

Abwesende Mitglieder:

Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Müller, Michael
Gießwein, Marcel
Pfeffer, Jörg

vertreten durch Alina Meuser

vertreten durch Frank Nockemann

vertreten durch Brigitte Gregor-Rauschtenberger

vertreten durch Michael Schwunk

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Anträge zur Tagesordnung
- 4 Niederschrift zur Sitzung vom 10.02.2022 - Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -
- 5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 6 Mitteilungen
 - 6.1 Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen zur Hilfe für die Menschen aus der Ukraine
 - 6.2 Sachstand Gustav-Heinemann-Straße
 - 6.3 Personalangelegenheiten
 - 6.4 Sachstand Bürgeranträge nach § 24 GO
- 7 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
 - 7.1 Bestellung eines nachrückenden Mitgliedes für den Beirat für Menschen mit Behinderungen der Stadt Schwelm 241/2021
- 8 Freigabe von drei verkaufsoffenen Sonntagen 2022 (Genehmigung einer) Eilentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW 084/2022
- 9 Antrag Gleichstellungsstelle - Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 08.02.2022 049/2022
- 10 Aktualisierung der Richtlinien über die Gewährung Wirtschaftlicher Jugendhilfe im Bereich der Kindertagespflege 007/2022
- 11 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung
 - 11.1 Anfrage CDU | Sachstand Wohnraumbedarf 071/2022
 - 11.2 Anfrage SPD | Leerstandsmanagement
 - 11.3 Anfrage SPD | Verkehrssituation Winterberger Straße

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden

Herr Bürgermeister Stephan Langhard begrüßt die Anwesenden der Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Im Anschluss stellt er fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

3 Anträge zur Tagesordnung

NEU

Vorlage **071/2022** zu TOP 11.1

Herr Feldmann fragt, warum der Antrag Bushaltestelle Tobienstraße nicht auf der Tagesordnung des Rates stehe.

Herr Schweinsberg teilt mit, die Verwaltung sei davon ausgegangen, dass der Antrag im Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung erledigt worden sei.

Nach Prüfung im Anschluss bestätigt Herr Schweinsberg, dass der Antrag in die Tagesordnung des Rates aufgenommen werde und bei Bedarf auch diskutiert werde.

Weitere Anträge liegen nicht vor.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

4 Niederschrift zur Sitzung vom 10.02.2022 - Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -

Kenntnisnahme festgestellt.

5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

Eine Bürgerin der Kölner Straße nimmt Bezug auf den Bürgerantrag „B483 – Verkehrssituation Obermauerstr./Kölner Str./Winterberger Str.“ vom 22.06.2021. Eine offizielle Antwort der Stadt habe sie bislang nicht erhalten. Die Verkehrssituation sei noch extremer geworden. Bis in die Nacht hinein höre man den LKW-Verkehr, das sei eine unzumutbare Belastung für die Bewohner. Man möchte die Vertreter der Stadt Schwelm noch einmal dazu auffordern, die Situation mit Nachdruck bei Straßen.NRW vorzutragen. Man warte auf das Ergebnis der Verkehrszählung sowie die Daten der Lärm- und Schadstoffemission und hoffe, dass bis Ende des Jahres Ergebnisse vorliegen. In der Kurve auf Höhe der Windmühle sei der Gegenverkehr in Bezug auf die Longline-Lkw besonders gefährlich. Könne ein Tempolimit in dieser Gefahrenzone nicht kurzfristig bei Straßen.NRW vorgetragen werden?

Eine Bürgerin aus der Feldstraße nimmt Bezug auf den einstimmigen Ratsbeschluss aus dem Jahr 2019 zum Thema Tempo 30. Wann gebe die Verwaltung sich den Ruck, das Verfahren voranzutreiben? Die Gefährdung steige stetig. LKW würden sich in den Kurven verhaken. Die Bürgerin berichtet von mehreren Unfällen in der letzten Zeit, erst gestern habe sich ein Unfall in der Grothestraße ereignet. Die Bürgerin bittet darum, der Angelegenheit nachzugehen.

Herr Bürgermeister Stephan Langhard teilt mit, dass nachfolgend unter TOP 6 eine Mitteilung zu diesem Thema erfolgen werde.

Die Bürgerin aus der Feldstraße fragt, ob die Straße geeignet sei als Präzedenzfall, Tempo 30 durchzusetzen.

Herr Langhard erwidert, dass Tempo 30 in der Form nicht möglich sei.

Ein Bürger aus dem Hülsenweg fragt unter Bezugnahme auf den Bürgerantrag zur Entlastung der Verkehrssituation am Winterberg im Rahmen der Realisierung der B483n, ob es denkbar sei, die Bürger*innen aus Linderhausen mit in die Gespräche einzubeziehen.

Herr Langhard bestätigt, wenn das der Fall würde, dann würde die zuständige Planungsbehörde auf entsprechende Bürger*innen zugehen. Die sei das übliche Verfahren im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens.

Die Bürgerin aus der Feldstraße fragt, wie man jetzt den Überregionalverkehr reduziere.

Herr Langhard bittet, die Mitteilung abzuwarten.

6 Mitteilungen

PlusNET:

Herr Langhard berichtet, dass der erste Spatenstich erfolgt sei, das sei ein wichtiger Schritt für schnelles Internet und ein relevanter Faktor für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Die ersten Rückmeldungen aus der Unternehmerschaft seien sehr positiv, man hoffe auf einen Baggereffekt.

6.1 Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen zur Hilfe für die Menschen aus der Ukraine

Sachstand Ukraine:

Auf der Homepage der Stadt Schwelm seien diverse Informationen für die ukrainischen Flüchtlinge sowie deren Unterstützer eingestellt, die laufend aktualisiert werden. Ferner erfolge regelmäßig eine Information in allen Fachausschüssen sowie eine wöchentliche Info über Fraktionspost.

6.2 Sachstand Gustav-Heinemann-Straße

Herr Schweinsberg berichtet darüber, dass die Verwaltungsleitung aus der Anwohnerschaft und dem politischen Raum auf die Situation in der o.a. Straße mehrfach angesprochen worden sei.

Wie zugesichert, habe sich die Verwaltung gemeinsam mit den TBS der Situation angenommen.

Es habe zwischenzeitlich mehrere Vorort-Termine mit der Fa. Bonava und den ausführenden Unternehmen gegeben.

Die von Seiten der Verwaltung aufgezeigten Mängel seien dezidiert besprochen worden und man gehe aktuell von einer Abstellung dieser bis zu den Herbstferien aus.

Es werde zu gegebener Zeit dann unaufgefordert im VerwRat der TBS oder anderen Gremien berichtet.

6.3 Personalangelegenheiten

Herr Langhard informiert über aktuelle Personalangelegenheiten und begrüßt den anwesenden Herrn Kauke, der die Stadt als Beigeordneter unterstütze.

Weiter teilt Herr Langhard mit, dass die Stelle der Leitung IT ab dem 01.07. besetzt werde sowie die Stellen der Wirtschaftsförderung und Leitung Stadtentwicklung, Bauordnung ab dem 01.08.

6.4 Sachstand Bürgeranträge nach § 24 GO

Herr Schweinsberg teilt mit, dass seit dem 01.04.2022 die erste Vakanz im Bereich der Verkehrsplanung neu besetzt worden sei.

Jetzt könne man damit beginnen, die Rückstände in diesem Bereich abzarbeiten. Zu den Rückständen würden unstreitig die Verfahren nach § 24 GO NRW bezüglich verschiedener Verkehrssituationen im engeren und weiteren Zusammenhang zur B 483 gehören.

Neben diesen Anträgen nach § 24 GO gebe es Anfragen der SPD Fraktion und der Fraktion DIE LINKE.

Im Rahmen einer Dienstbesprechung mit den befassten Fachbereichen in der Verwaltung und den TBS, bei dem der neue Verkehrsplaner erste Impulse geben konnte, werde jetzt wie folgt weiter vorgegangen:

Man werde nicht einzelne Teilabschnitte oder Maßnahmen im Bereich der B 483 zwischen Drosselstraße und Grothestraße anschauen, sondern dies in Gesamtheit erledigen.

Dies bedeute in Bezug auf die Frage nach einer Temporeduzierung auf 30km/h: Eine Änderung der Einmündungssituation an der Drosselstraße, die Erweiterung des Gehweges sowie letztendlich auch die Möglichkeit einer Querung zu den beiden Kindergärten.

Am 14.06. werde die Unfallkommission tagen und dort habe der Ordnungsbereich der Stadt Schwelm das Thema angemeldet. Aufgrund der Komplexität werde die Verwaltung versuchen, sofort einen zweiten Termin mit diesem Themenschwerpunkt anzusetzen.

Begleitend dazu werde eine Berechnung der Lärmemission mit den zugänglichen Mitteln und Methoden erfolgen.

Ziel sei es, die Kosten für dieses Projekt in die Etatberatungen 2023 einzuspielen, um dann die Gesamtmaßnahme durchführen zu können.

Die Einführung von Tempo 30 im gesamten Stadtgebiet werde zurzeit vielerorts diskutiert. Hier versuche man aktuell, die Erfahrungen anderer Kommunen mit einzubringen und das Thema dann im Rahmen des Mobilitätskonzeptes aufzugreifen/zu erörtern.

Letztendlich gelte hier auch das oben Gesagte; einzelne Straßenzüge im Vorfeld zu begutachten bzw. zu verändern, erscheine nicht angezeigt. Es solle, wenn möglich, eine Lösung für das gesamte Gebiet erarbeitet werden.

Ziel der Verwaltung sei es, die Bürgeranträge wie folgt in die politische Beratung einzuspielen:

Vollständiger Sitzungszyklus: AUS 11.8., HA 15.9., Rat 22.9.

Herr Kirschner bittet darum, den Begegnungsverkehr in den Kurven in den Gesprächen mit Straßen.NRW anzusprechen. Es handele sich um eine Straße, die mitten durch Wohngebiet führe. Ziel müsse es sein, die Verkehrsbelastung insgesamt zu reduzieren durch eine Geschwindigkeitsreduzierung.

Herr Schwunk sagt, durch die derzeitige Situation an der Rahmedetalbrücke sei der LKW-Verkehr nicht mehr mit der Vergangenheit zu vergleichen. Dringendes Handeln sei erforderlich. Geschwindigkeitskontrollen durch den Kreis seien notwendig.

Frau Kummer-Dörner sagt, das Gesamtkonzept müsse mehr umfassen. Es betreffe nicht nur die Winterberger Straße, es gehe generell um zu viel LKW-Verkehr auf den Straßen. Man müsse nach anderen Konzepten suchen. Frau Kummer-Dörner bittet darum, alles Mögliche zu tun.

Herr Feldmann erinnert an den damaligen Hinweis der Fraktion DIE LINKE in Bezug auf Penny-Markt in der Kaiserstraße, dass es zu mehr Verkehr kommen werde. Damals sei gesagt worden, wenn Bürger*innen dies nicht passe, können diese ja zum Winterberg ziehen. Das seien die Ergebnisse einer vollkommen verfehlten Verkehrspolitik. Ferner produziere die Internetnutzung mehr Lieferverkehr auf den Straßen.

Herr Kirschner sagt, die Aussage müsse im richtigen Kontext gestellt werden. Die damalige Situation sei ganz anders gewesen. Im Bereich eines Nahversorgungszentrums liege es in der Natur der Sache, dass es Vor- und Nachteile gebe. Winterberg habe damals kein Nahversorgungszentrum gehabt.

Herr Kirschner bittet um Prüfung kommunaler Einflussmöglichkeiten.

Herr Ziebs weist darauf hin, dass die Diskussion nicht zu einer Lösung des Problems führe und schlägt einen Runden Tisch mit Straßen.NRW, Ennepe-Ruhr-Kreis, der Verwaltung sowie betroffene Bürger*innen vor.

Herr Langhard bestätigt die Aufnahme und Besprechung des Vorschlags.

7 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

keine

7.1 Bestellung eines nachrückenden Mitgliedes für den Beirat für Menschen mit Behinderungen der Stadt Schwelm 241/2021

Beschluss:

Frau Heike Philipp (Atelier Sieben e.V., Altmarkt 4, 58332 Schwelm) wird als Mitglied für den Beirat für Menschen mit Behinderungen bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

8 Freigabe von drei verkaufsoffenen Sonntagen 2022 (Genehmigung einer) Eilentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW 084/2022

Beschluss:

Die anliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von drei verkaufsoffenen Sonntagen 2022“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	14
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	0

9 Antrag Gleichstellungsstelle - Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 08.02.2022 049/2022

Herr Feldmann geht davon aus, dass der Antrag noch im RAT behandelt wird. Sonst würden die Ratsmitglieder ausgeschlossen. Es gehe darum, die Gleichberechtigung zwischen Geschlechtern weiter voran zu bringen aufgrund des großen Nachholbedarfs.

Herr Langhard führt aus, dass das Landesgleichstellungsgesetz ab 200 Angestellten eine halbe Stelle vorsehe und ab 500 Angestellten eine ganze Stelle, die Verwaltung mache schon mehr, als vorgeschrieben.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Anke Steger, bedankt sich für den Antrag. Der Antrag mache deutlich, dass Gleichstellung auch im politischen Raum wahrgenommen werde. Frau Steger teilt mit, sie erschließe sich momentan noch das Wirkungsfeld und fülle dieses mit Inhalten. Es gebe sehr viel zu tun. Eine fundierte Aussage könne noch nicht erfolgen. Frau Steger bittet um Zeit, um eine Einschätzung geben zu können, um dann nochmal ins Gespräch miteinander zu kommen.

Herr Gießwein ist der Meinung, dass eine Stelle ausreichend sei. Er bittet Frau Steger um Mitteilung im Falle einer drohenden Überlastung.

Herr Kirschner sagt, das Thema Gleichstellung erhalte eine hohe Wertschätzung in der Fraktion SPD. Gleichstellung sei wichtig und ein vorrangiges Ziel in einer

modernen Gesellschaft. Herr Kirschner bedankt sich für die reflektierte und sachliche Einschätzung von Frau Steger.

Frau Günther vertritt die Auffassung, dass Themenfelder und Herausforderungen gestiegen seien. Der Bedarf werde nicht durch das Gesetz bestimmt, sondern durch Bürger*innen und Mitarbeiter der Verwaltung. Frau Günther schlägt eine Fristsetzung vor, zu der dann eine Bedarfsanalyse erfolgen soll.

Herr Langhard erwidert, dass der Bedarf der Stellen nicht die Mitarbeitenden bestimmen, sondern die Politik im Stellenplan.

Frau Dr. Hortolani bittet um weitere Diskussion auf sachlicher Ebene und stellt einen Antrag auf Ende der Debatte.

Weitere Wortbeiträge der Fraktionen erfolgen nicht, so dass Herr Langhard um Abstimmung bittet und versichert, dass Antrag auch im Rat behandelt werde.

Beschluss:

In der Verwaltung wird eine Gleichstellungsstelle eingerichtet, sie trägt den Namen Gleichstellung zwischen den Geschlechtern. Diese Gleichstellungsstelle wird mit zwei bzw. drei Stellen ausgestattet, wobei eine Stelle als Ganztagsstelle mit hundert Prozent die zweite Stelle wahlweise mit hundert Prozent oder zweimal fünfzig Prozent zu besetzen ist.

Abstimmungsergebnis:	dafür	1
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	0

10 Aktualisierung der Richtlinien über die Gewährung Wirtschaftlicher Jugendhilfe im Bereich der Kindertagespflege 007/2022

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, die aktualisierten Richtlinien der Kindertagespflege zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

keine

11.1 Anfrage CDU | Sachstand Wohnraumbedarf 071/2022

Herr Schweinsberg teilt mit, der Sozialausschuss habe den Auftrag, Vorberatungen zur Wohnraumanalyse zu führen. Eine abschließende Entscheidung werde über den AUS dann dem HA und dem RAT vorgelegt.

Herr Nockemann erklärt für die Fraktion CDU Einverständnis zur vorgeschlagenen Vorgehensweise, die Anfrage sei damit momentan erledigt.

11.2 Anfrage SPD | Leerstandsmanagement

Herr Langhard macht Ausführungen zum Leerstandsmanagement:

Eine Ausschreibung über das digitale Citymanagement sei veröffentlicht. Die Ausschreibung Innenstadtagentur befinde sich auf der Zielgeraden. Ab dem 01.08. sei die Stelle der WiFö wieder besetzt.

Die Verwaltung kümmere sich intensiv um das Leerstandsmanagement.

Herr Kirschner bedankt sich für den Sachstandsbericht und bittet im Falle von noch bestehenden Fördermöglichkeiten diese aktiv über Presseerklärungen nach außen zu tragen.

Ferner habe der Antrag zum Leerstandsmanagement einen konkreten Sinn. Die Einflussmöglichkeiten der Politik seien sehr begrenzt. Sollte die Politik etwaige Ansiedlungen befördern können, erbittet Herr Kirschner eine frühzeitige Mitteilung. Die Politik könne dann diesbezüglich schauen, welche weiteren Möglichkeiten bestehen. Eine Beeinflussung der Miethöhen durch die Politik sei nicht möglich, jedoch könne man ggf. Maßnahmen ergreifen.

Herr Schwunk vertritt die Auffassung, das Problem in Schwelm sei die Abwärtsspirale. Für Investoren werde die Stadt immer unattraktiver, z. B. aufgrund der Riesen-Baustelle direkt in der Stadtmitte oder des SchwelmCenters. Dass Besucher*innen der Stadt weniger geworden sind, sei erkennbar. Wichtig sei eine schnellstmögliche Wiederbelebung. Eine gemeinsame Besprechung im Rahmen eines runden Tisches halte Herr Schwunk für notwendig. Die Pandemie habe den Einzelhandel aufgegeben. Eine Stadt wie Schwelm werde den Einzelhandel, wie er in der Vergangenheit war, nicht mehr bekommen. Man solle die Möglichkeit in Betracht ziehen, Event-Gastronomien zu etablieren. Es müssen mehr Veranstaltungen in die Stadt gebracht werden.

11.3 Anfrage SPD | Verkehrssituation Winterberger Straße

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 13 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 03.06.2022	Schriftführerin gez. Ferreira	Der Bürgermeister gez. Langhard
-------------------------	----------------------------------	------------------------------------